

ZUM ANTRAG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT AUF AUFHEBUNG DER INMUNITÄT DER DREI KATALANISCHEN EUROPARLAMENTARIER



FEBRUAR 2021

ASSEMBLEA
KATALANISCHE NATIONALVERSAMMLUNG

assemblea

ZUM ANTRAG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT AUF AUFHEBUNG DER IMMUNITÄT DER DREI KATALANISCHEN EUROPARLAMENTARIER

EIN AUFRUF ZUR VERTEIDIGUNG DER GRUNDRECHTE IN DER EU

Die Anträge auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität durch das Europäische Parlament haben Carles Puigdemont, Toni Comín und Clara Ponsatí, drei katalanische, für die Unabhängigkeit eintretende Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEP), nicht eingeschüchtert. Mit diesen Forderungen rücken der Katalonien-Konflikt und die Verletzung der Grundrechte durch Spanien in den europäischen und sogar weltweiten Fokus. In wenigen Wochen werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in einer Plenarsitzung in geheimer Abstimmung und mit einfacher Mehrheit darüber abstimmen, ob sie die Immunität ihrer Kollegen aufheben sollen, die legitime Vertreter von einer Million EU-Bürgern sind.

Ein Schritt in Richtung Auslieferung der katalanischen politischen Führung an die spanische Justiz würde der Demokratie, der EU und den Grundrechten aller Abgeordneten und Wähler schaden. Für das Königreich Spanien wäre es sogar kontraproduktiv: Je eher es gezwungen wird, seine autoritären Neigungen abzulegen, desto besser für Spanien und für Europa. Es sollte auch daran erinnert werden, dass es Aufgabe der Europäischen Union ist, sicherzustellen, dass sich alle Mitgliedstaaten an demokratische Normen halten.

Die Herren Junqueras, Puigdemont und Comín sowie Frau Ponsatí sind anständige Menschen. Friedliche Politiker mit demokratischer Gesinnung, die eine europäische nationale Minderheit vertreten. Dank ihrer Klagen haben sie die Rechte aller Mitglieder des Europäischen Parlaments gestärkt und geklärt. Ihre Kollegen im Europäischen Parlament haben nun die Chance, eine klare Botschaft an die spanische Justiz zu senden und das System der demokratischen Rechte und Werte als Grundlage des europäischen Projekts zu verteidigen.

Politische Verfolgung in Spanien und der Schutz der Rechte der Europaabgeordneten

Die katalanischen Abgeordneten müssen sich der Abstimmung eines Parlaments stellen, das bis heute weitgehend weggeschaut hat, wenn es um Verletzungen von Grundrechten und fundamentalen Prinzipien durch Spanien in Bezug auf Katalonien geht. Das jüngste diplomatische Fiasko der EU in Moskau hat gezeigt, wie diese Doppelmoral die Legitimität und internationale Glaubwürdigkeit der EU als demokratisches Projekt untergräbt.

Der spanische Oberste Gerichtshof, der die Aufhebung der Immunität beantragt hat, ist derselbe, der den katalanischen Vizepräsidenten und Europaabgeordneten Oriol Junqueras sowie sechs weitere ehemalige Mitglieder der katalanischen Regierung und zwei Leiter zivilgesellschaftlicher Organisationen illegal in Haft hält, wie die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen im Juni 2019 angeprangert hat.

Was die Abgeordneten betrifft, so setzt sich Spaniens oberstes Gericht seit dem 19. Dezember 2019 über die europäischen Urteile hinweg. An diesem Tag entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass der katalanische Vizepräsident Oriol Junqueras seit dem 14. Juni 2019 Abgeordneter ist und parlamentarische Immunität hätte genießen müssen. Zumindest hatte Spaniens Oberster Gerichtshof von dem Moment an, als Herr Junqueras zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt wurde, bis zum 3. Januar 2020 gegen europäisches Recht verstoßen.

Die den Abgeordneten Puigdemont, Comín und Ponsatí gewährte Immunität endet an den Pyrenäen. Der Oberste Gerichtshof Spaniens lehnt es ab, die Europäischen Haftbefehle (EAW) gegen sie auszusetzen. Sein Ermittlungsrichter Pablo Llarena hat sogar angekündigt, dass er Herrn Puigdemont bei Einreise nach Spanien

festnehmen lassen werde. Dies verstößt gegen dessen demokratisches Recht auf Rechtssicherheit und missachtet eklatant den gemeinsamen Rechtsraum der EU.

Eine weitere auffällige rechtliche Anomalie ist, dass Spaniens Oberster Gerichtshof auch das Urteil des Oberlandesgerichts von Schleswig-Holstein in Deutschland ignoriert hat. In einem Urteil vom Juli 2018 zum Europäischen Haftbefehl gegen Präsident Carles Puigdemont urteilte die deutsche Justiz, dass die ihm vorgeworfenen Tatbestände nicht die notwendige Gewalt beinhalten würden, um als Straftatbestand zu gelten. Viele in Deutschland erinnern sich noch an die schockierende Reaktion des spanischen Obersten Gerichtshofs: Hasstiraden, auch in damit nicht zusammenhängenden offiziellen Dokumenten, die an Beleidigung grenzen. Die Madrider Justizelite scheint eine einseitige Auffassung davon zu haben, was europäische justizielle Zusammenarbeit bedeutet.

Der spanische Oberste Gerichtshof kollidierte bereits in anderen Fällen mit den europäischen Gerichten womit sich die spanische Justiz von den europäischen demokratischen Standards entfernt hat. Der Mangel an Gewaltenteilung, Transparenz und Gerechtigkeit hat dem Ruf dieses Gerichts geschadet. Der Rechtsstaatlichkeitsbericht 2020 der Europäischen Kommission legte ein Augenmerk auf die Unabhängigkeit des spanischen Generalstaatsanwalts und auf den Generalrat der rechtsprechenden Gewalt (Consejo General del Poder Judicial), der seit Dezember 2018 seine Funktionen kommissarisch ausübt.

Kürzlich, im Januar 2021, wies Belgien offiziell den Versuch Spaniens ab, den ehemaligen katalanischen Kultusminister Lluís Puig ausliefern zu lassen. Die Staatsanwaltschaft hatte auf weitere rechtliche Schritte verzichtet und war damit der Entscheidung des Brüsseler Berufungsgerichts, den internationalen Haftbefehl abzulehnen, gefolgt. Die belgischen Richter waren der Ansicht, dass der Oberste Gerichtshof nach spanischem Recht nicht für die Anklageerhebung gegen ihn zuständig gewesen sei und äußerten Bedenken, dass die Unschuldsvermutung in Bezug auf Puig in Spanien gefährdet sei. Die Staatsanwaltschaft am Brüsseler Berufungsgericht hat die Entscheidung dem spanischen Staatsanwalt Pablo Llarena in einem Brief mitgeteilt, der die Empfehlung enthält, zu untersuchen, ob die "Gefahr einer Verletzung der Grundrechte" besteht.

Trotz der Urteile Schleswig-Holsteins, des EuGH in Luxemburg und Brüssels sitzen neun friedliche katalanische Anführer weiterhin im Gefängnis und verbüßen Haftstrafen von 9 bis 13 Jahren. Ihr Prozess war von zahlreichen Verletzungen des Rechts auf Verteidigung und anderer Grundrechte geprägt, wie International Trial Watch berichtete. Tatsächlich wurden diese Anführer einem politischen Prozess unterworfen, der niemals hätte stattfinden dürfen.

In diesem Zusammenhang stellte die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen (WGAD) in ihrer Stellungnahme vom Juni 2019 zu den inhaftierten katalanischen Anführern fest, dass der Zweck der strafrechtlichen Anklage und des daraus resultierenden Prozesses gegen die inhaftierten katalanischen zivilen und politischen Anführer darin bestehe, sie aufgrund der politischen Meinungen, die sie geäußert haben, unter Druck zu setzen". Die WGAD forderte die spanischen Behörden außerdem auf, die Gefangenen sofort freizulassen, ihnen Reparationen zu gewähren und Gesetzesänderungen vorzunehmen, um die spanischen Gesetze und Praktiken mit den internationalen Verpflichtungen in Einklang zu bringen.

Die Arbeitsgruppe betrachtete den Freiheitsentzug auch als willkürlich, wenn er darauf abzielt, Mitglieder politischer Gruppen zu unterdrücken, um sie in ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung zum Schweigen zu bringen. Fast zwei Jahre später hat Spanien noch keine Schritte unternommen, um diese Situation anzugehen, wie die Arbeitsgruppe im September 2020 selbst berichtete. Im Jahr 2019 gab die Arbeitsgruppe 85 Stellungnahmen zur Verhaftung von 171 Personen in 42 Ländern ab, wobei Spanien der einzige Mitgliedstaat der Europäischen Union war, der in dem Bericht vorkam. Wir wollen betonen, was das bedeutet: Ein UN-Gremium bestätigt, dass es in der EU politische Gefangene gibt.

Systemische Korruption im spanischen Justizsystem und die daraus resultierende Bedrohung für den Rechtsstaat

Ende Februar 2020 deckte die Tageszeitung El Diario.es auf, dass die Partei Ciudadanos, die zur Fraktion „Renew Europe“ (Europa erneuern) gehört, heimlich ein monatliches Gehalt an Andrés Betancor gezahlt hatte. Betancor ist Mitglied der Zentralen Wahlkommission (JEC), die zwischen 2017 und 2019 an den umstrittenen Entscheidungen zu Katalonien beteiligt war und dafür gestimmt hat, darunter die Erklärung der Nichtwählbarkeit von Carles Puigdemont, Toni Comín und Clara Ponsatí bei der Europawahl im Mai 2019 (die später vom Verfassungsgericht aufgehoben wurde) und die Übermittlung einer unvollständigen Liste der gewählten Abgeordneten an das Europäische Parlament, die die meisten katalanischen Abgeordneten ausschloss. Die spanische Wahlbehörde hat das Europäische Parlament dazu verleitet, ihnen illegal ihre Sitze zu verweigern, was dessen Ruf geschadet hat. Obwohl es sich um einen eklatanten Fall von Rechtsbeugung handelt, bestätigte der Oberste Gerichtshof Spaniens diese Entscheidung der JEC.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Sohn von Herrn Betancor, Gabriel, ein Assistent des Ciudadanos-Europaabgeordneten Luis Garicano ist. Darüber hinaus erklärte der Ciudadanos-Abgeordnete Jordi Cañas im September 2020 öffentlich, dass es ihn kränke, die Herren Puigdemont und Comín und Frau Ponsatí frei im Europäischen Parlament umhergehen zu sehen, und dass er sie gerne im Gefängnis sehen würde. Der Ciudadanos-Abgeordnete Adrián Vázquez Lázara ist ungeeignet, den Vorsitz des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments zu übernehmen, der für die Analyse des Antrags auf Aufhebung der Immunität gegen die katalanischen Abgeordneten zuständig ist, und dem Plenum einen Vorschlag zu diesem Fall zu unterbreiten, insbesondere, weil es nicht das erste Mal ist, dass Mitglieder dieser politischen Partei lügen oder das Gesetz verdrehen, um den katalanischen Anführern im Exil zu schaden.

Das spanische Verfassungsgericht hat angeblich eine besondere „Strategie“ (sic) auf die Berufungen der Katalanen angewandt, einschließlich der 3 Abgeordneten in diesem Fall und Herrn Oriol Junqueras. Sie besteht darin, alle ihre Berufungen zuzulassen, um ihren Zugang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg zu verzögern. Sollte dies bestätigt werden, würde dies gegen die gesetzliche Pflicht Spaniens verstoßen, seinen Bürgern den Zugang zur europäischen Justiz zu erleichtern. Auf der gleichen Grundlage hat das Verfassungsgericht alle von den politischen Gefangenen eingereichten Anträge auf Schutz auf unbestimmte Zeit verzögert, was eine weitere Verletzung ihrer Rechte darstellt. Ein weiterer Fall der Verletzung der Rechte der katalanischen Anführer im Exil wurde von der spanischen Justiz begangen, als sie die Teilnahme ihrer Rechtsbeistände an der Untersuchung über das katalanische Referendum verweigerte, so der EU-Gerichtshof.

Die EAW (europäischen Haftbefehle) gegen die katalanischen Abgeordneten und die Korruptionsfälle der spanischen Zentralen Wahlbehörde sind wohl die Fälle der spanischen Justiz, die direkt mit den europäischen Institutionen verbunden sind. Nichtsdestotrotz sind dies nicht die einzigen Fälle von richterlicher Parteilichkeit, ein übliches Problem an spanischen Gerichten. Dieses systemische Problem ist das Erbe eines autoritären Regimes, das ohne strukturelle Veränderungen, ohne Prüfungen und ohne Gerichtsverfahren in demokratische Institutionen umgewandelt wurde.

Die höchsten Ränge der spanischen Justiz setzen eine eigene Agenda um, die sich der demokratischen Kontrolle entzieht. Sie mischen sich in die Politik ein und agieren als Mitspieler, obwohl ihnen die Wählerstimmen und die Legitimation dazu fehlen. Beispiele dafür gibt es viele, etwa gefälschte Berichte der paramilitärischen Guardia Civil oder ein Bericht des Innenministeriums zum Terroranschlag von Barcelona im August 2017, in dem die nachgewiesene Beziehung, die der spanische Geheimdienst mit dem Kopf der Terrorzelle hatte, verschwiegen wird.

Es gibt viele rechtliche und politische Anomalien in Spanien, die sich für ein EU-Land nicht gehören: Der Nationale Gerichtshof von Spanien weigert sich, die angeblichen Verbindungen zwischen Abdelbaki Es Satty,

dem Drahtzieher der Terroranschläge von Barcelona und Cambrils im August 2017, und den spanischen Geheimdiensten zu untersuchen. Auch das spanische Parlament weigert sich, diese Anschläge, die in Katalonien 17 Tote und 152 Verletzte forderten, zu untersuchen.

Das spanische Parlament weigert sich auch, gegen den ehemaligen König Juan Carlos zu ermitteln. Die spanische Justiz begann erst mit Ermittlungen zu Juan Carlos' angeblichen Korruptionsskandalen – in die inzwischen ein grosser Teil seiner Familie verstrickt ist -, nachdem die Schweiz 2018 eine Untersuchung gegen den inzwischen in Ungnade gefallenen König wegen des Verdachts auf Korruption und Geldwäsche eingeleitet hatte. Inzwischen ist er im August 2020 in die Vereinigten Arabischen Emirate umgezogen, wo er seitdem lebt.

Neonazis werden von Spaniens Anti-Hass-Gesetzgebung als geschützte Kategorie betrachtet, wie der spanische Generalstaatsanwalt im Mai 2019 erklärte. Jüdische Gemeinden weltweit sind entsetzt, das Simon Wiesenthal Center hat sogar einen Beschwerdebrief an Pedro Sánchez geschickt. Die Meinungsfreiheit wird nicht nur zum Schutz der Rechtsextremen eingeschränkt, sondern auch bei Kritik an spanischen Institutionen - insbesondere an der Königskrone-, die gemäß dem berüchtigten "Knebelgesetz" bestraft wird. Der katalanische Rapper Pablo Hasél wurde letzte Woche inhaftiert, weil er in seinen Texten die spanische Monarchie kritisierte. Er wurde verurteilt wegen „Verherrlichung von Terrorismus“ und „Verleumdung der Krone“. Die Proteste gegen die politisch motivierten Entscheidungen der spanischen Justiz flammten letzte Woche während und nach seiner Inhaftierung auf. Die Inhaftierung von Pablo Hasel hat eine Welle der Überraschung, des Alarms und der Solidarität in ganz Europa und der Welt ausgelöst, da politische Vertreter und zivilgesellschaftliche Organisationen wie Amnesty International zunehmend die demokratischen Standards Spaniens in Frage stellen.

Während der Covid-19-Krise erklärte zudem ein Sprecher der Guardia Civil in einer Pressekonferenz, dass sie im Rahmen ihres Krisenmanagements jegliche Kritik an der Regierung überwachen. All diese Faktoren haben zu einer Situation geführt, in der weniger als 50% der spanischen Gesellschaft Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz haben.

Ministerpräsident Pedro Sánchez selbst hat vorgeschlagen, Volksabstimmungen in Spanien illegal zu machen. Sie wurden 2005 entkriminalisiert, und zwar auf Initiative der Sozialistischen Partei. Somit wurden sowohl die katalanischen Anführer, die wegen der Durchführung des Referendums im Gefängnis sitzen, als auch diese 3 Abgeordneten, gegen die ein Antrag auf Aufhebung der Immunität gestellt wurde, für Handlungen verfolgt, die kein Verbrechen sind.

Die Korruption und der Mangel an Unabhängigkeit der spanischen Gerichte sind den internationalen Instanzen nicht unbemerkt geblieben. Die GRECO-Gruppe des Europarates hat Spanien wiederholt aufgefordert, seinen anhaltenden Mangel an richterlicher Unabhängigkeit zu beheben. Bislang mit wenig Erfolg.

Der Einsatz von juristischen Mitteln zur Verfolgung des katalanischen Volkes

Die 3 Abgeordneten, deren Immunität aufgehoben werden soll, haben vom spanischen Rechnungshof eine Kautions von 4,14 Millionen Euro auferlegt bekommen. Diese Verwaltungsbehörde geht davon aus, dass dies der Betrag an öffentlichen Geldern ist, der angeblich für das Referendum im Oktober 2017 ausgegeben wurde. Drei andere spanische Gerichte widersprechen sich bei den Ermittlungen und bei der Verhängung von Kautions für dieses Referendum: 2,1 Millionen €, 5,8 Millionen € und bis zu über 12 Millionen €. Nicht eine einzige Rechnung stützt eine dieser angeblichen Ausgaben.

Im März 2020 drohte der Oberste Gerichtshof den Angestellten der katalanischen Gefängnisse außerdem, sie würden sich des Verbrechens des Amtsmissbrauchs schuldig machen, falls sie den inhaftierten katalanischen Anführern aufgrund der Covid-19-Pandemie eine Erlaubnis zum Verlassen des Gefängnisses

erteilen würden, was den Empfehlungen der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Frau Bachelet, entsprochen hätte. Der politische Gefangene Jordi Cuixart hat angeprangert, dass er und andere katalanische politische Gefangene bis zu 23 Stunden am Tag isoliert in ihren Zellen verbringen. Im Juli 2020 legte die spanische Staatsanwaltschaft Berufung gegen die Haftregelung des offenen Vollzugs ein.

Gegen Tsunami Democràtic, eine friedliche Organisation für zivilen Ungehorsam, wurde wegen „Terrorismus“ ermittelt. Die Regierung von Pedro Sánchez hat sich sogar in Bezug auf die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung mit China und Russland gleichgestellt, indem sie im Oktober 2019 die Tsunami-App auf GitHub blockierte.

Im September 2019 wurden sieben katalanische Mitglieder der friedlichen Aktivistengruppe "CDR" unter Terrorismusvorwürfen festgenommen und inhaftiert. Ihnen wurde der Zugang zu ihren Anwälten verwehrt und sie wurden illegal in Isolationshaft gehalten. Lügen über ihre geheimen Verfahren wurden „geleakt“, wobei von Sprengstoff und Bomben die Rede war. Große Teile der Madrider Presse und Politiker der großen spanischen Parteien behandelten sie als schuldig, darunter auch der damals amtierende Präsident Pedro Sánchez. Drei Monate später wurden die sieben Verdächtigen stillschweigend freigelassen. Es hat weder Erklärungen noch öffentliche Entschuldigungen gegeben.

Frau Tamara Carrasco, eine Pro-Unabhängigkeits-Aktivistin und ein CDR-Mitglied, wurde im Oktober 2020 von der Anstiftung zu öffentlichen Unruhen freigesprochen. Dieses Urteil war das Ergebnis einer dreißigmonatigen Tortur, nachdem sie zunächst wegen Rebellion und Terrorismus angeklagt worden war. Über ein Jahr lang wurde Tamara Carrasco gerichtlich untersagt, ihren Wohnort, eine Vorstadt in Katalonien, zu verlassen. Tamara ist nicht das einzige Opfer von Repressalien, denn bis zu 3000 Pro-Unabhängigkeits-Aktivisten und -Vertreter werden strafrechtlich verfolgt.

Im Sommer 2020 wurde bekannt, dass der Sprecher des katalanischen Parlaments und andere hochrangige katalanische Pro-Unabhängigkeits-Anführer von Spionageprogrammen der Regierung ins Visier genommen wurden. Es ist das erste Mal, dass die israelische Spyware Pegasus verwendet wurde, um Politiker in Europa auszuspionieren, wobei prominente katalanische Pro-Unabhängigkeits-Abgeordnete ihre Opfer waren.

Herr Gonzalo Boye, der Anwalt der verfolgten katalanischen Abgeordneten, leidet selbst unter juristischen Schikanen, die die Verletzung seiner Grundrechte auf den vom Gesetz vorgesehenen Richter und auf Gleichheit vor dem Gesetz einschließen. Zur Atmosphäre eines autoritären Staates beitragend, überfielen Unbekannte zweimal seine Anwaltskanzlei in Madrid. Die Übergriffe auf Boye und das Abhören seiner privaten Kommunikation verletzen auch das Recht seiner Mandanten auf Verteidigung. Diese Verstöße wurden beim UN-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten angeprangert.

Jede Person, die Herrn Puigdemont nahesteht, kann Ziel einer juristischen Verfolgung werden:

- Die spanische Militärpolizei verhaftete im Oktober 2020 21 katalanische Geschäftsleute, die mit ihm zusammenarbeiteten, wegen angeblichen Missbrauchs öffentlicher Gelder und Geldwäsche, nachdem sie über ein Jahr lang ihre Telefone abgehört hatte, ohne irgendeinen Beweis für ein Fehlverhalten. Alle ihre Handys, Computer und sogar Notebooks wurden beschlagnahmt. Stunden später sagte der zuständige spanische Richter, dass eine russische Gruppe, die während der Ära von Michail Gorbatschow gegründet worden sei, Carles Puigdemont im Jahr 2017 "Unterstützung" angeboten habe, einschließlich der Entsendung von 10000 russischen Soldaten in die Region und Geld, um die Schulden Kataloniens zu begleichen, wenn er die Unabhängigkeit erklären würde. Das ist völlig absurd und hat sogar einen diplomatischen Streit zwischen Russland und Spanien ausgelöst. Interessanterweise erhielt die Operation der spanischen Militärpolizei den Namen "Volhov", ein Fluss in der Nähe eines Schlachtfeldes, auf dem die Nazis 1941 mit Hilfe der División Azul des spanischen Diktators Franco gegen die sowjetische Armee kämpften.

- Zwei katalanische Polizisten, die Herrn Puigdemont während ihres Urlaubs auf seiner Reise durch Schleswig-Holstein im Jahr 2018 beschützt hatten, wurden wegen mehrerer Verbrechen im Zusammenhang mit dieser Reise angeklagt. Zu allem Überfluss verweigert der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez Herrn Puigdemont willkürlich den öffentlichen Sicherheitsdienst, auf den er gesetzlich Anspruch hat. Der 130. Präsident Kataloniens hat seit seinem Gang ins Exil im Jahr 2017 zahlreiche Morddrohungen erhalten. Der Prozess wegen Rebellion und Aufwiegelung gegen ranghohe Kommandeure der katalanischen Polizei im Jahr 2017 begann im Januar 2020.
- Der Leiter von Puigdemonts Büro in Barcelona, Josep Lluís Alay, wurde bereits zweimal spektakulär verhaftet und wird wegen Unterschlagung verfolgt. Der Gegenstand? Eine Autobahnmaut-Zahlung in Höhe von 11 Euro. Elf Euros. Herr Alay hat seinerseits Klage über die Indiskretionen in Bezug auf seine Privatgespräche durch spanische Behörden und die Beschlagnahmung seines Handys mit - wie er meint - fadenscheinigen Gründen eingereicht.
- Ein weiterer Verfolgungsfall mit juristischen Mitteln betrifft Herrn Josep Lluís Trapero, den ehemaligen Chef der katalanischen Polizei, der wegen Rebellion angeklagt wurde, ein Verbrechen, von dem seine politischen Vorgesetzten in der katalanischen Regierung 2018 freigesprochen wurden. Warum wurde der Vorwurf der "Rebellion" gegen einen Untergebenen nicht zurückgezogen? Die Antwort ist einfach: So konnte der Prozess in Madrid und nicht in Katalonien stattfinden. Einige internationale Medien haben die Essenz des Falles Trapero sehr gut erfasst: Er wurde angeklagt, weil er es unterließ, katalanische Wähler zu verprügeln, wie es die spanischen Sicherheitskräfte taten. Herr Trapero ist nicht einmal für die Unabhängigkeit. Er ist einfach ein guter Polizist, ein demokratischer Beamter. Im Gegensatz dazu wurde Herr Pérez de Los Cobos, der spanische Oberst, der die gewalttätige Repression gegen das Selbstbestimmungsreferendum anführte, in der Vergangenheit der Folter beschuldigt. Herr Trapero wurde im Oktober 2020 vom Nationalen Gerichtshof Spaniens für nicht schuldig befunden. Die 10-jährige Verurteilung von Herrn Joaquim Forn, der 2017 sein Chef als katalanischer Innenminister war, ist jedoch rechtskräftig. Der Oberste Gerichtshof Spaniens verurteilte ihn für seine angebliche Manipulation der Polizei, um das Referendum und die katalanische Unabhängigkeit zu realisieren. Es ist Unsinn, dass Herr Forn eine 10-jährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung wegen angeblicher Manipulation der katalanischen Polizei verbüßt, die ein anderes Gericht für nicht geschehen erklärt!

In der Zwischenzeit bleiben „unter dem Tisch“ getätigte Zahlungen in Höhe von 350.000 Euro von Spaniens Volkspartei an einen gewissen "M. Rajoy" ununtersucht. Wer könnte M. Rajoy sein? Die meisten bezweifeln nicht, dass es sich um den ehemaligen Premierminister Mariano Rajoy handelt.

Schließlich möchten wir die Tatsache hervorheben, dass der Oberste Gerichtshof Spaniens am 23. September 2020 Herrn Quim Torra als Präsidenten Kataloniens absetzte und ihn mit einer Geldstrafe von 30.000 € belegte, weil er sich weigerte, ein Transparent mit der Aufschrift "Freiheit für politische Gefangene und Exilierte" und gelbe Schleifen (als Zeichen der Unterstützung für die inhaftierten Führungspersonlichkeiten der katalanischen Unabhängigkeitsbefürworter) am Präsidentenpalast abzuhängen. Die spanischen Behörden entschieden, dass das höchste Amt Kataloniens inmitten der schlimmsten Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg unbesetzt bleibt, weil Herr Quim Torra von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machte. Mit anderen Worten, Spanien ergreift kriminelle Repressalien gegen den Präsidenten von Katalonien, weil er es wagte, ein Grundrecht auszuüben, das in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO verankert ist.

Im Januar 2020 bestätigte derselbe Oberste Gerichtshof die Absetzung von Präsident Torra als Parlamentsmitglied. Ein Verwaltungsorgan – in diesem Fall die spanische Wahlkommission – verhängt Strafurteile. Diese illegale Entscheidung verstößt gegen das Autonomiestatut von Katalonien, die Regeln des

katalanischen Parlaments und sogar gegen das spanische Wahlrecht. Das spielt keine Rolle. Wer kümmert sich schon um Rechtsstaatlichkeit, wenn das Ziel darin besteht, die Grundrechte der katalanischen nationalen Minderheit zu unterdrücken?

Das Vorgehen Spaniens gegen das katalanische Volk und seine Auswirkungen auf die EU

Im Jahr 2019 hat der Europarat eine Untersuchung über die Anwendung von rechtlichen Mitteln gegen öffentliche Vertreter der katalanischen und kurdischen nationalen Minderheit in Spanien bzw. der Türkei eingeleitet. In ähnlicher Weise fordern die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen (WGAD), Amnesty International und die Weltorganisation gegen Folter und andere Organisationen seit langem die sofortige Freilassung der katalanischen Anführer, die seit über drei Jahren inhaftiert sind.

Während der weltweiten periodischen Überprüfung durch die Vereinten Nationen im Jahr 2020 wurden in Bezug auf Spanien zahlreiche Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Katalonien-Konflikt erwähnt. Bis zu acht - neun Interessengruppen reichten Berichte über die Lage der Menschenrechte in Spanien ein. In der 35. Sitzung der Überprüfung, die am 22. Januar 2020 in Genf stattfand, meldeten sich 117 Länder zu Wort, von denen 22 die Verletzungen der bürgerlichen und politischen Rechte in Spanien in den letzten fünf Jahren ansprachen, insbesondere der Meinungsfreiheit und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Von diesen 22 Ländern waren acht EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, die Niederlande, die Tschechische Republik, Belgien, Italien, Zypern, Luxemburg, Österreich).

Diese Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in Spanien und ihre Auswirkungen auf die gesamte Europäische Union wurden vom belgischen Premierminister De Croo verurteilt, der Spanien mit anderen Staaten wie Polen und Ungarn verglich und sie aufforderte, die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit einzuhalten.

Die Verschlechterung der Situation in Bezug auf die bürgerlichen und politischen Rechte in einem EU-Mitgliedstaat in Verbindung mit der Untätigkeit der EU ist ein Problem, das die Legitimität des europäischen Integrationsprojekts untergräbt, da es direkt gegen eine seiner wichtigsten Grundlagen verstößt: die Achtung der Demokratie und der Grundrechte, die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert sind.

Je länger es dauert, bis die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten beginnen, Spanien zu drängen, sein Verhalten zu ändern und seine repressive Strategie in diesem Konflikt zu beenden, desto größer ist der interne und externe Schaden für die Europäische Union. In diesem Fall wird Untätigkeit die Fähigkeit der EU, Einfluss ausserhalb der Union auszuüben, weiter schwächen und letztlich auch die Legitimität, Konsistenz und internationale Glaubwürdigkeit des europäischen Integrationsprojekts.